DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

STEPHANE MAHE / REUTERS

Verbannungsort

Die versprochene Erneuerung französischer Vorstädte blieb aus. Dort herrschen Verschuldung, Wohnungsnot, Drogenhandel, Gewalt und Arbeitslosigkeit. Anmerkungen zu Sozialghettos und Terrorismus. Von Lothar Peter

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **DIENSTAG, 1. DEZEMBER 2015** · NR. 278 · 1,50 EURO · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT · WWW.JUNGEWELT.DE

Kriegsrechtskonstruktion
Zur Begründung der Bundesregierung für Militäreinsatz in Syrien. Interview mit Norman Paech **2**

Kriegszonenausweitung
NATO-Gipfel in Brüssel: Diskussion über »Südstrategie« und Mittelmeer. Von Jörg Kronauer **3**

Generationswechsel
Niederlande: Die Sozialisten wollen wieder mehr auf die Straßen gehen. Von Gerrit Hoekman **7**

Modernisierungsbedarf
Konferenz in Teheran: Iran will Investitionen in seine Ölbranche fördern. Von Knut Mellenthin **9**

Danke, Hamburg!

Megaevent verhindert: Hamburger Olympiaabstimmung endet mit Schlappe für Senat. Proolympische Erregung endlich vorbei. **Von John Lütten**

DANIEL REINHARDT/DPA-BILDFUNK

Haben mit dem Volksentscheid gegen die Bewerbung der Hansestadt ihr Gesicht verloren: Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank und Alfons Hörmann, Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes am Sonntag abend im Rathaus

Gute Nachrichten von der Waterkant: Hamburg wird sich nicht als Austragungsort für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 bewerben. Mit fast 52 Prozent Neinstimmen haben Wahlberechtigte der Hansestadt dem Großevent beim Volksentscheid am Sonntag eine klare Abfuhr erteilt. Für Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), den Senat aus SPD und Grünen und die proolympische Unternehmerlobby eine überraschende und heftige Niederlage. Unternehmer und Politiker geben sich zerknirscht. Die Gegner des Megaevents hingegen jubeln – die befürchtete beschleunigte Zunahme von Verdrängung und Überwachung bleibt ihnen erspart.

Gegen 21 Uhr am Sonntag abend stand es fest: Von den rund 650.000 gültigen Stimmen waren 51,6 Prozent für das »Nein« und nur 48,4 Prozent für das »Ja« zur Olympiabewerbung abgegeben worden, wie das Statistikamt Nord bekanntgab. Über die Hälfte der Abstimmungsberechtigten hatten sich am Referendum beteiligt. »Das Ergebnis ist jetzt zu akzeptieren«, kommentierte Olaf Scholz sichtlich enttäuscht.

Im Lager der Olympiabefürworter herrscht regelrechte Endzeitstimmung. Das Resultat sei »ein schwerer Rückschlag für die Zukunftsgewandtheit unserer Stadt«, ließ etwa Hans-Jörg Schmidt-Trenz, Hauptgeschäftsführer der Hamburger Handelskammer, wissen. »So eine Entscheidung muss man mit einem gewissen Zukunftsoptimismus treffen. Aber der war offenbar nicht vorhanden«, zitierte das *Hamburger Abendblatt* online am Montag den SPD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Dressel. Viele Aktivisten für die Bewerbung um Olympische Spiele sind schlechte Verlierer: Kritiker werden jetzt von ihnen als Nörgler und Spaßbremsen hingestellt. Und vor allem die Lokalmedien hatten sich in den letzten Wochen nicht gerade durch Neutralität hervorgetan, wie auch *Spiegel online* am Montag feststellte. Lokale Fernseh- und Printmedien hatten hochemotional und unverhohlen proolympisch berichtet, erst zuletzt kamen vermehrt auch Kritiker zu Wort.

Umso größer ist daher die Freude unter den Gegnern des Events. Das Ergebnis sei »ein riesiger Erfolg der kritischen Bürger dieser Stadt, die trotz millionenschwerer Kampagnen nicht alles glauben«, erklärten Rainer Benecke und Sabine Wils, Landessprecher der Partei Die Linke, in einer Mitteilung vom Sonntag. Auch das Bündnis »Nolympia«, das zahlreiche Proteste und Diskussionsveranstaltungen organisiert hatte, sieht das Votum als »klares Zeichen«. Die Hamburger Bevölkerung wolle »eine Stadtpolitik, die nicht mehr auf Megaevents und Leuchtturmprojekte setzt, sondern sich an den grundlegenden Bedürfnissen der Menschen dieser Stadt orientiert«, kommentierte »Nolympia«-Aktivist Florian Kasiske das Ergebnis. Christin Bernhold, Sprecherin des Bündnisses »Revolutionäre Linke Hamburg«, sieht das »Klassenprojekt Olympia« ebenfalls klar gescheitert. »Die Hamburgerinnen und Hamburger haben begriffen, dass es hier im Kern um die soziale Frage geht«, betonte sie im Gespräch mit *jW*.

Fürs erste haben die Hamburger Olympiagegner allen Grund zur Freude. Gut möglich aber, dass so manche stadtpolitische Maßnahme schneller als erhofft wieder auf die Agenda kommt. »Jetzt müssen wir versuchen, soviel wie möglich davon auch ohne Olympia umzusetzen«, schrieb etwa Umwelt- und Energiesenator Jens Kerstan (Grüne) bei Facebook über den geplanten Umbau des Hafenstadtteils Hamburg-Kleiner Grasbrook.

■ Siehe Seiten 8 und 11

134 Millionen Euro für Kriegseinsatz

Luftangriffe erlaubt: Regierung will Marschbefehl nach Syrien in dieser Woche absegnen lassen

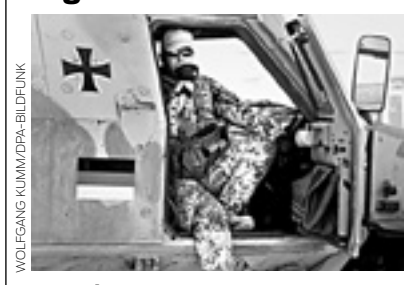
Das geplante Bundeswehrengagement in Syrien soll nach einem Bericht des *ARD*-Hauptstadtstudios im kommenden Jahr 134 Millionen Euro kosten. Das geht aus der Kabinettsvorlage für den Einsatz gegen die Miliz »Islamischer Staat« (IS) hervor, wie die *ARD* am Montag berichtete.

Bis zu 1.200 Soldaten sollen an dem Militäreinsatz teilnehmen. Ziel der Mission sei laut dem Mandatstext die militärische Unterstützung Frankreichs, des Irak und der von den USA geführten sogenannten Internationalen Allianz gegen den IS. Grundlage sei das Recht auf kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Die Beschlussvorlage verweist demnach auf die Resolution 2249 sowie zwei frühere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates. Ein Mandat der UNO gibt es allerdings nicht. Politiker der Bundesregierung hatten erklärt, hierauf verzichten zu können (*jW* berichtete).

Eine Kooperation mit Truppen unter dem Kommando des syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad hat die Bundesregierung ausgeschlossen. »Jetzt wird es keine Zusammenarbeit mit Assad geben und auch keine Zusammenarbeit mit Truppen unter Assad«, sagte der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Jens Flosdorff, am Montag in Berlin. Das habe auch Ministerin Ursula von der Leyen klargemacht, die sich zuerst mehrdeutig geäußert hatte. Die CDU-Politikerin hatte im *ZDF* gesagt, es gebe Teile der Truppen in Syrien, die man »hier auch nehmen kann«.

Der Einsatz der Bundeswehr soll zunächst auf ein Jahr befristet werden, berichtete die Nachrichtenagentur *dpa* am Montag. Das Bundeskabinett wird am heutigen Dienstag darüber beraten, anschließend muss der Bundestag zustimmen. Obwohl die deutsche Luftwaffe nicht den Auftrag hat, selbst Luftangriffe durchzuführen, wird ihr im Mandatstext Gewaltanwendung ausdrücklich erlaubt: »Das umfasst den Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz eigener Kräfte, anderer Partner im Kampf gegen IS sowie zur Nothilfe.« (dpa/jW)

Kein Abzug aus Afghanistan


WOLFGANG KUMM/DPA-BILDFUNK

Brüssel. Die NATO will im kommenden Jahr mit rund 12.000 Soldaten in Afghanistan bleiben. Die beteiligten Staaten würden damit fast so viele Truppen zur Verfügung stellen wie 2015, sagte Generalsekretär Jens Stoltenberg am Montag in Brüssel. Zuletzt waren 13.110 Soldaten für den Einsatz gemeldet. Etliche NATO-Staaten wie Deutschland und die USA hatten für 2016 eigentlich einen Truppenabzug geplant. Angriffe der Taliban auf Städte wie Kundus dienten nun als Rechtfertigung für ein Umschwenken. Die Bundesregierung will künftig bis zu 980 Soldaten für die sogenannte Beratungs- und Ausbildungsmission »Resolute Support« stellen. Das sind 130 mehr als bislang. (dpa/jW)

Auschwitz-Komitee verteidigt Flüchtlinge

Warschau/Berlin. Der polnische Auschwitz-Überlebende Marian Turski hat sich besorgt über die Flüchtlingsdiskussion in seiner Heimat und rechtspopulistische Bewegungen in Europa geäußert. In einer am Montag veröffentlichten Stellungnahme des Internationalen Auschwitz-Komitees betonte der Historiker und Publizist, jeder habe das Recht, Angst zu haben. »Aber niemals und nirgendwo hat jemand das Recht, zu hassen und Gewalt gegen Hilfesuchende, Flüchtlinge oder Minderheiten auszuüben. Wir haben das alles am eigenen Leib erlebt«, so Turski. »Auch in Deutschland wächst mit AfD und Pegida der rechtspopulistischen Antibewegung in Europa eine neue Dimension hinzu«, ergänzte der Vizeexekutivpräsident des Komitees, Christoph Heubner. »Aus Verachtung entsteht Hass, und aus dem Hass heraus geschieht Gewalt.« Gerade in Deutschland sei es von essentieller Bedeutung, dass sich die demokratischen Parteien weiter klar von »den Angst- und Scharfmachern von AfD und Pegida« abgrenzten. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 1.761 Genossinnen und Genossen (Stand 11.11.2015)
■ www.jungewelt.de/lpg

4 198625 901508 20049